Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1932

5.4.1932 (No. 79)

Visual Library

Nr. 79 Dienstag, den 5. April 1932 175. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

*Der Reichskanzler in Karlsruhe

Für das badische Land, seine Regierung und die gesamte Bevölkerung war der gestrige Tag, an dem Reichskanzler Dr. **Brüning** in der **Karlsruher Festhalle** vor Tausenden von Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen zur Reichspräsidentenwahl sprach, ein **Ehrentag erster Ordnung.** Dr. Brüning hat vom ersten Tage seiner Amtstätigkeit an gerade bei uns in Baden ein besonders großes Maß von Vertrauen und Verständnis gefunden. Eine Tatsache, die u. a. auch durch so manchen Leitartikel der „Karlsruher Zeitung" aus den letzten zwei Jahren erhärtet wird.

Ein **Versammlungsbesuch**, wie er bisher in Karlsruhe überhaupt noch nicht erlebt worden ist, hat gestern von neuem diese Gesinnungen der übergroßen Mehrheit der badischen Bevölkerung dokumentiert. Und es erfüllt uns mit Genugtuung, daß auch Dr. Brüning selbst diesen imposanten Beweis des Vertrauens seiner Bedeutung nach durchaus richtig zu würdigen wußte. Hat er doch gleich zu Beginn seiner Rede versichert, daß der Eindruck, den er soeben von der dem Besuch der Versammlung, von der Art und Weise der Begrüßung und dem Aufmarsch der Jugend erhalten habe, zu dem Tiefsten gehöre, was er im Laufe der gesamten Agitation für die Wiederwahl des Reichspräsidenten erleben konnte. So wurde dieser gestrige 4. April nicht nur zu einem Ehrentag, sondern gleichzeitig auch zu einem **Ruhmestag** für unser Land und seine Hauptstadt.

Und der **Inhalt seiner gestrigen Rede** wird diese Überzeugung nur noch verstärken können. Denn diese Rede zählt zu den **glücklichsten** Kundgebungen, die wir bisher aus dem Munde Brünings vernommen haben. Die Ausführungen des Reichskanzler standen sämtlich im Zeichen eines Leitsatzes, und dieser Leitsatz lautet: Reichspräsident von Hindenburg muß am nächsten Sonntag **mit einem starken Stimmenzuwachs** gewählt werden. Er muß diesen Stimmenzuwachs erhalten, damit die deutsche Reichsregierung mit ihm in der Lage ist, alle die wichtigen Verhandlungen der nächsten Wochen in der Überzeugung zu führen, daß hinter ihr und ihren Forderungen nicht bloß die Mehrheit, sondern die **übergroße Mehrheit des deutschen Volkes steht.** Wir haben selbst bereits am Samstag darauf hingewiesen, wie notwendig es gerade im Hinblick auf die Lösung jener außenpolitischen Probleme ist, daß Herr von Hindenburg am 10. April noch mit einer größeren Stimmenzahl gewählt wird, als es die am 13. März war.

Sehr wirkungsvoll war es, daß Dr. Brüning in dem letzten Teil seiner Rede das Politische einmal ganz schweigen ließ, und dafür das rein **Menschliche** in den Vordergrund rückte, daß er erklärte, er fühle sich nicht nur als Politiker, sondern auch als Mensch verpflichtet, die letzten Kräfte daran zu setzen, um mit ganz Deutschland für diesen Hindenburg und seine Wahl zu kämpfen, für diesen Mann, der nahezu drei Generationen miterlebt hat, der befähigt ist, die Dinge heute so klar und einfach zu sehen auf Grund einer viele Jahrzehnte langen Erfahrung, für diesen Mann, der eine Menschenkenntnis hat, daß man immer wieder darüber staunen muß, eine Menschenkenntnis, die ihm nicht nur im Instinkt gegeben ist, sondern die sich gebildet hat aus diesen vielen Jahrzehnten militärischer und öffentlicher Tätigkeit. Ein solcher Mann **ist überhaupt nicht zu ersetzen!**

Man kann sich denken, daß gerade solche Worte, gesprochen aus solchem Munde, bei allen Besuchern der Versammlung den stärksten und tiefsten Eindruck hervorriefen. Und als Dr. Brüning dann nochmals betonte, es gehe nicht nur um die politische Entscheidung, sondern es gehe um die menschliche Entscheidung, und es gehe um die deutsche Zukunft, da erntete er stürmischen Beifall.

Nicht minder wirkungsvoll waren die Stellen der Rede, in denen sich Dr. Brüning **mit den Gegnern der Kandidatur Hindenburgs auseinandersetzte.** Was er hier zu sagen hatte, war ebenso wohl überlegt, wie treffsicher.

Der entscheidende Wahlkampf konnte jedenfalls in Baden nicht besser eröffnet werden, als durch diese bedeutende, dem Politiker wie dem Menschen Brüning gleich Ehre machende Rede. Sicherlich werden die Worte des Kanzlers — wir geben die Rede in dieser Nummer ausführlich wieder —, nicht nur in Baden, sondern allenthalben die Beachtung finden, die sie verdienen, und ihrerseits dazu beitragen, daß der Wunsch aller Hindenburgwähler auch wirklich erfüllt wird, und Herr von Hindenburg am 10. April noch **einen erheblichen Stimmenzuwachs** erringt.

Brüning für Hindenburg

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister a. D. Dr. Curtius in Karlsruhe

Am gestrigen Montagabend fand in der badischen Landeshauptstadt **eine gewaltige Kundgebung für Hindenburg** statt, bei welcher Reichskanzler Dr. Brüning und der frühere Reichsaußenminister Dr. **Curtius** sprachen. Wohl 8000 Personen nahmen an der Kundgebung teil, zu der der große Festhallesaal, der kleine Saal und das Konzerthaus herangezogen waren. An der Stirnseite des großen Festhallesaales auf dem Podium war ein großes Hindenburgbild inmitten von Lorbeerbäumen angebracht; darüber ein Transparent: „Badenwacht Glück auf!" Alle Säle waren bis auf den letzten Platz besetzt. Die Säle waren durch Lautsprecher verbunden, außerdem wurde die Rede des Kanzlers über den Südfunk verbreitet. Die Verständigung war sehr gut. Lange vor Beginn der Versammlung sorgte ein Polizeiaufgebot für Ruhe und Ordnung und regelte den ungeheuren, der Festhalle zuströmenden Fußgänger- und Kraftwagenverkehr, der besonders von auswärts außerordentlich stark war.

Bald nach 8 Uhr betrat der **Reichskanzler** den großen **Festhallesaal.** Ihm wurden stürmische Ovationen bereitet. Mit dem Kanzler kamen Staatspräsident Dr. **Schmitt**, die Minister Dr. **Baumgartner** und **Maier** und der frühere badische Gesandte in Berlin, **Honold.** Unter Musikklängen und Beifall der Versammlungsteilnehmer hielten darauf etwa 3000 Mann der Badenwacht, Abteilungen des Reichsbanners usw., mit Spielmannskapellen und badischen und Reichsflaggen, ihren Einzug. Die Verbände waren zum Teil mit der Bahn und in Kraftomnibussen aus dem Lande nach Karlsruhe gekommen und hatten sich vor Beginn der Kundgebung vor der Festhalle formiert. Das Publikum begrüßte den Einmarsch, der in Viergliedern mehr als eine Viertelstunde in Anspruch nahm, mit Händeklatschen. Die Verbände verteilten sich hierauf auf die Säle; die in der Festhalle verbliebenen stellten sich auf dem Podium mit ihren Fahnen auf.

Zuerst nahm Minister Dr. **Baumgartner** das Wort, um die Anwesenden namens der im Hindenburg-Ausschuß vereinigten politischen Parteien herzlich willkommen zu heißen. Er führte aus, die Kundgebung gelte in erster Linie der vertrauenswürdigen **Person des Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls von Hindenburg** (Stürmischer Beifall), in zweiter Linie unserem hochverehrten, geliebten **Reichskanzler Dr. Brüning** (Erneuter und langanhaltender, stürmischer Beifall). Der Jubel sei der Ausdruck der Verehrung für den Kanzler und des Dankes für seine aufopfernde Tätigkeit im Dienste des deutschen Volkes (Wiederholter, starker Beifall). In Baden sei man in der glücklichen Lage, daß auch die Deutsche Volkspartei hinter der Politik der Reichsregierung stehe. Dr. Baumgartner schloß: Nehmen Sie, Herr Reichskanzler, die Kundgebung hin als **Ausdruck des Vertrauens zur Reichsregierung** und vermitteln Sie das **Treugelöbnis** dem verehrten Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg (Starker, langanhaltender Beifall).

Die Rede des Reichskanzlers

Dann betrat Reichskanzler Dr. **Brüning** unter nicht endenwollenden Ovationen das Rednerpult.

Der Kanzler dankte zunächst für den herzlichen Empfang, der ihm von der Karlsruher Bevölkerung bereitet wurde, und dankte weiter dem Volke des Landes Baden, das beim ersten Wahlgang mit am besten abgeschnitten habe. — Er skizzierte sodann

die Bedeutung des zweiten Wahlganges,

dabei anknüpfend an seine letzte Rede vor dem ersten Wahlgang in Breslau, in der er ausgeführt hatte: Die Wochen, die vergehen werden zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang, sind Wochen schwersten Geschehens, in denen aber durch die Schuld eines Teiles des deutschen Volkes die Reichsregierung außenpolitisch nicht so verhandlungsfähig ist, wie es notwendig wäre. **Daß er nicht nach London fahren könne,** fuhr der Kanzler fort, sei nicht so bedauerlich, weil ausgezeichnete Männer an seiner Stelle fahren werden. Daß das deutsche Volk nun noch drei weitere Wochen in den Wahlkampf gezogen wurde, sei ein trübes Zeichen für das deutsche Volk bzw. für den Teil, der die Kampagne herbeigeführt habe. Er kam dann auf seinen Versuch zu sprechen, den er unternommen hatte, nämlich die **Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten** auf parlamentarischem Wege zu erreichen. Der Grund für diese seine Bemühungen sei gewesen, daß sich die Reichsregierung klar darüber war, was geschehen würde, besonders in **außenpolitischer Hinsicht.** Wenn wir, fuhr Dr. Brüning fort, im Januar oder Februar in einer kurzen Reichstagsperiode die Amtszeit des Reichspräsidenten verlängert hätten, würde das für uns nicht nur außenpolitisch eine Stärkung bedeutet haben, sondern es kommt noch etwas hinzu:

Solange wir die politische Stabilität in Deutschland nicht sichern und nicht sichern können, so wird es durch die immerwährenden politischen Unruhen keine Erholung der Wirtschaft geben und wird die Ankurbelung der Wirtschaft auf sich warten lassen.

Reichskanzler Dr. Brüning beschäftigte sich sodann eingehend mit

der nationalsozialistischen Bewegung.

Diese habe keineswegs die Absicht, produktive Mitarbeit zu leisten. Der Kanzler führte als Beispiel Hessen und andere Staaten an, in denen die Nationalsozialisten zur Macht gelangt seien. Das Ziel der NSDAP., die höchste Macht im Staate zu erhalten, sei, **parteipolitisch** gesehen, berechtigt, aber **vom vaterländischen** Standpunkt aus verwerflich, **wenn man sich in den Ländern vor der Verantwortung** drücke. Hitler habe vor dem ersten Wahlgang einem amerikanischen Korrespondenten ein Interview gewährt, in dem er mit der starken absoluten Mehrheit schon im ersten Wahlgang rechnete. Hitler habe dabei ausgeführt, daß er die bestehenden Notverordnungen vorerst noch nicht aufheben könne, ebensowenig den Versailler Vertrag aufkündigen werde, im Gegenteil müsse er wohl **noch weitere Notverordnungen** ausgeben (Hört, hört!).

Der Kanzler ging dann näher auf die **Propaganda der NSDAP.** ein, die, wie er sich ausdrückte, in Wirklichkeit ein vollendetes System, nämlich das System rücksichtslosester und **verantwortungslosester Demagogie sei** (Starker Beifall).

Traurig nur, daß **aus der Not,** die auf Hunderttausenden und Millionen unserer Volksgenossen lastet, viel zu Viele auf derartige Versprechungen noch hereingefallen sind. Wenn auch Hitler sozusagen für den Fall seiner Reichspräsidentschaft sein Alibi schon vorher gegeben hat, so bleibt doch das eine bestehen, daß das Ziel der Nationalsozialisten etwas erstrebt, was in diesem Jahre historischer Entscheidung für das Schicksal des deutschen Volkes **das Allergefährlichste** ist;

denn die großen Dinge, die langsam herangereift sind in der Außenpolitik und die wir zum Teil bewußt herbeiführen konnten, diese Dinge sind nur dann zum vollen Erfolg zu bringen, wenn es gelingt, das System der vergangenen zwei Jahre, das System der jetzigen Regierung durchzuhalten, niemals dem Volke demagogische Versprechungen zu machen, sondern die Wahrheit zu sagen (Stürmischer Beifall).

Der Kanzler fuhr fort: Eines hat die Reichsregierung für sich; sie hat dem In- und Auslande bewiesen, daß sie selbst in solchen Krisenzeiten, selbst bei sechs Millionen Arbeitslosen **das Volk ruhig über den schwersten aller Winter hat hinüberbringen** können (Lebhafte Zustimmung). Das ist eine Leistung, die dem deutschen Volke in der Welt ein Prestige **unter Führung des jetzigen Reichspräsidenten,** hauptsächlich in seiner Person geschaffen hat, die keine andere in der Lage gewesen wäre oder in der Zukunft in der Lage sein wird, zu schaffen.

Ohne Vertrauen hat eine Regierung keinen Kredit, und alles, was wir heute in Deutschland wirtschaftlich gerettet haben, in dem Augenblick, wo alles zusammenzustürzen drohte, das ist nicht aufgebaut auf Privatkredit, sondern einzig und allein auf die Tatsache, daß diese Regierung es verstanden hat, in der ungeheuren Not den Etat von Reich, Ländern und Gemeinden zu sichern und damit und dadurch allein die deutsche Währung stabil zu erhalten (Beifall).

Wenn wir etwa den Sirenenklängen gefolgt wären und hätten ein Feder-Geld (Sehr gut!) geschaffen oder die Reichsmark an das englische Pfund im Herbst angehängt, dann würden wir allerdings für den Augenblick an einigen schweren Maßnahmen vorbeigekommen sein, in einer späteren Stunde hätten wir an Opfern und Entbehrungen aber das Mehrfache dem deutschen Volk auferlegen müssen.

Und ein Volk, das einmal weiß, **was am Ende einer nichtstabilen Währung steht,** sollte Leuten, die sich überhaupt weigern, einmal öffentlich zu erklären, was sie alles tun würden, wenn sie an die Macht kämen, von **vornherein den Laufpaß geben** (Stürmische Zustimmung).

Glauben Sie, daß es eine Kleinigkeit gewesen ist, **neben vier Großbanken noch über 100 Mittelstandsbanken** im Laufe von 6 Monaten zu stützen, zu sanieren und für die Zukunft zu retten? Glauben Sie, daß es eine Kleinigkeit gewesen ist, die Mittel bereit zu stellen, 6 Millionen arme und hungernde **Erwerbslose** über diesen Winter zu bringen? Glauben Sie, und ich möchte aus diesem Anlaß

zur Landwirtschaft

die mir zuhört, einmal ganz offen sprechen, daß es eine Kleinigkeit gewesen ist, etwa den Weizenpreis und den Roggenpreis in Deutschland auf dem Zwei- bis Zweieinhalbfachen des Weltmarktpreises zu halten? Kein Volk hat dies nachgemacht. **Vieh und Fleisch** kommen zur Zeit aus dem Ausland überhaupt kaum mehr herein. Wir haben auch den **Butterzoll** erhöht, aber die Preise haben ihre Grenze in der Kaufkraft der städtischen Bevölkerung.

Mit den Beilagen: Amtliche Niederschrift über die 9. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags und Badische Wohlfahrtsblätter Nr. 1

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Reichspräsident von Hindenburg

muß am nächsten Sonntag einen **starken Stimmenzuwachs haben** (Stürmisches Bravo!), damit die deutsche Reichsregierung in der Lage ist, die Auseinandersetzungen und Verhandlungen der nächsten Wochen mit Erfolg zu führen, die über Vieles an der deutschen Zukunft und dem deutschen Geschick auf Generationen entscheiden werden, daß in ihm und mit ihm und von ihm getragen, eine Reichsregierung dasteht, die sagen kann:

„Hinter unserem Rein, hinter unseren Forderungen steht nicht nur die Mehrheit, sondern die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes."

Und ich habe die feste Überzeugung, daß es gelingen wird, bei hingebendster Arbeit und Aufopferung dieses Ziel voll zu erreichen. Es kommt darauf an,

Aufklärung bis ins letzte Dorf

hineinzutragen, Aufklärung darüber zu schaffen, daß wir Deutschland retten können nicht nur vor dem Untergange, sondern daß jetzt die Monate kommen, wo wir darüber hinaus auch die Grundlagen außenpolitischer Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung endgültig legen können.

Der Kanzler kam dann auf

die Persönlichkeit Hindenburgs

selbst zu sprechen.

Wenn ich — so sagte er — mich für Hindenburg einsetze, so tue ich es nicht nur aus Gründen sachlicher Politik, sondern weil sich in mir alles aufbäumt gegen

die Gemeinheit der Agitation, die gegen diese verehrungswürdige historische Person gerichtet wird.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Ich denke dabei auch an **die Ehre des deutschen Volkes** und fühle mich verpflichtet, den Kampf um diese Ehre durchzukämpfen. (Erneut stürmischer Beifall.) Es muß der Augenblick kommen, früher oder später, wo sich das **deutsche Volk schämen** wird, daß es überhaupt einen Kampf um die Reichspräsidentschaft in diesem Augenblick hat geben können.

Man hat gesagt, der Reichspräsident sei **ein alter Mann.** Alt zu sein, ist ein ungeheurer Vorzug, wenn man einem Volk an verantwortungsvoller Stelle dienen soll. Ein Mann, der nahezu drei Generationen miterlebt hat, viele Jahrzehnte deutscher Geschichte, ein Mann, der eine Menschenkenntnis hat, daß man immer und immer wieder nur darüber staunen muß, ein solcher Mann **ist überhaupt nicht zu ersetzen,** auch dann nicht, wenn die Anhänger des Gegenkandidaten in einem sächsischen Blatt schreiben: „Na ja, als Militär ja ganz bedeutend, aber als Politiker nichts. Demgegenüber steht unser Mann, Hitler, der Säkular-Mensch." Ich sage es ganz offen, wenn ich diese Leistungen sehe im Vergleich mit dem Gegenkandidaten und der welthistorischen Persönlichkeit des Feldmarschalls, da glaube ich immer mehr, daß es **nicht so sehr Bosheit ist,** wenn diese Vergleiche angestellt werden, **sondern es sind eben hie und da Hemmungen ausgeschaltet.** Meine Damen und Herren, man greift den Herrn Reichspräsidenten an wegen der vergangenen Jahre, man übt Kritik an ihm wegen des Ausgangs des Krieges, man wirft ihm vor, daß er den Dawes-Plan unterschrieben habe und so vieles andere.

Eines bleibt in dem Leben des Feldmarschalls eine Tragik, und ich muß immer und immer wieder darauf hinweisen, man hat ihn immer dann geholt, wenn die Not und die Schwierigkeiten bis zum äußersten gestiegen sind und dann hat man ihm gesagt: sieh' zu, wie du das im letzten Augenblick noch retten kannst.

Wir werden nicht zulassen, nachdem der Feldmarschall im Jahre 1925 gebeten und gedrängt worden ist, sich nochmals zur Verfügung zu stellen und eine schwere Verantwortung zu übernehmen, daß jetzt **dieselben** Leute kommen und diesem Staatsmann, der mutig, klar und zielsicher diese schwere Verantwortung getragen hat, in den Staub ziehen. Es geht nicht nur um politische, sondern um **menschliche Entscheidungen,** um Entscheidungen für Deutschlands Ehre und Zukunft.

Der Reichskanzler richtete in diesem Zusammenhang einen besonderen

Appell an die deutschen Frauen,

die dafür verantwortlich seien, daß der Glaube und der Sinn an die Ehre im Volke niemals aussterben und der Glaube an die historische Autorität nicht erschüttert werden darf, wie auch dafür, daß nicht durch eine maßlose Agitation der **Sinn für Ehrfurcht und Verehrung** völlig vernichtet wird. Und sie sind auch verantwortlich dafür, daß der Feldmarschall am kommenden Sonntag mit einer **gewaltigen Mehrheit** gewählt wird, da er für das Ausland und Inland der sicherste Garant einer harten, aber zielklaren und für die Zukunft glaubensgestärkten Politik ist, und daß nur dann die Dinge schnell geregelt und schnell erreicht werden können, die wir uns alle gesetzt haben, wenn ein Mann an der Spitze steht, der in seiner Vergangenheit, in seinem Charakter und in seiner **monumentalen Persönlichkeit** nicht nur einen Eindruck ohnegleichen auf die Welt macht, sondern darüber hinaus eine Verehrung ohnegleichen genießt. Wenn wir auch keine Waffen mehr haben, so sind **diese ideellen Faktoren auch eine Macht,** die, richtig eingesetzt, den Weg frei machen wird für kommende Generationen und ein besseres Deutschland.

Der Kanzler schloß mit einem eindringlichen Appell an alle, sich zu besinnen und bis zum nächsten Sonntag alle Kraft einzusetzen für **die Aufklärung und Durchsetzung der Wahrheit,** weil dieser Einsatz um das Höchste geht.

Darum mit Hindenburg für Deutschlands Glück und Freiheit!

Der Rede folgte langanhaltender, donnernder Beifall.

Darauf sprach der

frühere Reichsaußenminister Dr. Curtius

der für die kommenden Zeiten an die gewohnte Disziplin des deutschen Volkes appellierte. Dr. Curtius setzte sich mit der **Rechten** auseinander, die immer in kritischen Momenten sich von der Verantwortung ausgeschlossen habe. Man habe vor dem ersten Wahlgang Zweifel an der **Sozialdemokratie** gehabt. Jetzt müsse man anerkennen, wie verantwortlich sie dem nationalen Ruf der Reichsregierung gefolgt sei. Hugenberg habe den Fehdehandschuh im zweiten Wahlgang hingeworfen. Diesen Handschuh heben wir auf. Der **Youngplan sei tot,** ein Jahr, nachdem er ins Leben getreten war. Er sei aber nicht gefallen durch die Trompetenstöße der nationalen Opposition, er sei durch die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der ganzen Welt entwurzelt worden. Er feierte dann

Hindenburg als das Symbol des Deutschen schlechthin, als die Verkörperung der Einheit und der Nation.

Nach einem kurzen Schlußwort des Versammlungsleiters, Minister Dr. Baumgartner, der ein **Hoch auf den Reichspräsidenten Hindenburg und seinen Kanzler** ausbrachte, und dem Absingen der ersten und dritten Strophe des Deutschlandliedes, war die Versammlung beendet.

Letzte Nachrichten

Reichskanzler Dr. Brüning in Karlsruhe

Besprechung mit der deutschen Delegation für London

Nach Beendigung seines Osterurlaubs, den er in Badenweiler verbracht hat, begann Reichskanzler Dr. Brüning in der badischen Landeshauptstadt seine bereits vor längerer Zeit festgelegte Propagandareise durch Deutschland, um für die Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg zu sprechen.

Der Reichskanzler verbrachte die heutige Nacht in Karlsruhe und empfing heute, Dienstag vormittag, Staatssekretär von Bülow, Ministerialdirektor Dr. Posse vom Reichswirtschaftsministerium und Vortragenden Legationsrat Wiehl vor ihrer Abreise zur Londoner Viermächte-Konferenz zu einer Aussprache über das Donauproblem. An der Besprechung nahm auch Ministerialdirektor v. Krosigk vom Reichsfinanzministerium teil. Es wurde die deutsche Haltung auf der Londoner Konferenz erörtert. Von Karlsruhe aus werden die deutschen Delegierten die Weiterreise nach London antreten.

„Graf Zeppelin" zur zweiten Südamerikafahrt gestartet

WTB. Friedrichshafen, 5. April. (Tel.) Nachdem die bei dem gestrigen Start erlittene Beschädigung der Außenhülle des Luftschiffs nunmehr vollständig behoben ist, stieg „Graf Zeppelin" unter Führung von Kapitän Lehmann mit neun Passagieren, darunter einem Kinde, an Bord, um 6.30 Uhr auf. Der Start vollzog sich glatt. Es herrschte Nordostwind. Der Start, der ursprünglich um 4.30 Uhr angesetzt war, hatte sich wegen ungünstiger Winde etwas hinausgezögert.

*

WTB. **Paris,** 5. April. (Tel.) Das Luftschiff **„Graf Zeppelin"** hat um 9.15 Uhr in Regen und Nebel die Stadt **Dijon** überflogen. Das Luftschiff steht in ständiger Funkspruchverbindung mit dem Flughafen Le Bourget.

WTB. **Friedrichshafen,** 5. April. (Tel.) Nach einem beim Luftschiffbau um 11.50 Uhr eingegangenen Funkspruch befand sich „Graf Zeppelin" über **Blois,** südwestlich von **Orleans.** Das Wetter wird besser.

Ergebnislose Verhandlungen in Schanghai

WTB. **Paris,** 4. April. (Tel.) Der Agentur Indo-Pacifique zufolge, sind die **chinesisch-japanischen Besprechungen** über die neutrale Zone und die Zurückziehung der japanischen Truppen bisher **ergebnislos** verlaufen.

Der Wahlterror im Memelland

Der litauische Militärkommandant des Memelgebiets hat die Pressevorzensur aufgehoben, dafür aber das gesamte Zeitungswesen unter ein **neues Presserecht** mit **außerordentlich strengen Bestimmungen** gestellt. Man bezweckt damit offenbar, die deutsche Presse im Memelgebiet ganz mundtot zu machen und unter Bezugnahme auf die neuen Bestimmungen die deutschen Zeitungen einfach ganz zu verbieten.

Die **Mehrheitsparteien** des aufgelösten Landtags haben beim Staatspräsidenten der Republik Litauen **Beschwerde und Protest** gegen die Verordnungen des Präsidenten des memelländischen Direktoriums, **Simaitis,** erhoben. Bekanntlich hat das Direktorium Simaitis mit überwältigender Mehrheit gegen die 5 Stimmen der litauischen Fraktion das **Mißtrauensvotum** erhalten. Infolgedessen betrachten die bisherigen Mehrheitsparteien die Verordnungen, die nur durch ein ordentlich durch den Memellandtag anerkanntes Direktorium erlassen werden können, als **mit dem Memelstatut nicht vereinbar.**

Deutschnationale Absage an Dingeldey. Ein von dem Führer der Deutschen Volkspartei dem Reichstagsabgeordneten Dr. **Dingeldey** in einem offenen Brief an Hugenberg gemachter Vorschlag, bei den Preußenwahlen eine Verbindung der Listen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei eintreten und die Reststimmen auf eine gemeinschaftliche preußische Landesliste gehen zu lassen, hat von deutschnationaler Seite eine glatte **Absage** erfahren, mit der Begründung, daß es mit Rücksicht auf die kurze, noch zur Verfügung stehende Zeit technisch unmöglich sei, „die etwa in Betracht kommenden, zu einer Rechtskampfstellung bereiten Gruppen für ernsthafte Verhandlungen zusammenzufassen".

Kleine Chronik

Die deutsche Fliegerin **Elli Beinhorn** ist am Samstag früh von Brisbane kommend, in **Sidney** eingetroffen und hat damit ihr Ziel endgültig erreicht. Sie hat damit seit Beginn ihres Fernflugs am 4. Dezember über 23 000 Kilometer zurückgelegt, ohne auch nur einen Schaden an der Maschine zu haben.

Der Bürgermeister von **Wörlitz** bei Dessau, **Behrens,** wurde heute, Dienstag früh, im Hofe des Dessauer Rathauses **erschossen aufgefunden.** Es liegt offenbar **Selbstmord** vor. Behrens trug während der letzten Zeit ein sehr aufgeregtes Wesen zur Schau.

In **Berlin** wurden in der vergangenen Nacht **18 Anschlagsäulen** in **Brand gesteckt,** vermutlich von Kommunisten. — Wegen politischer Vergehen wurden im Laufe der Nacht 70 Personen festgenommen.

Die bei der Darmstädter und Nationalbank deponierten **Gelder** des bekannten Schriftstellers **Remarque** sind **beschlagnahmt** worden. Es ist der Verdacht aufgetaucht, daß Remarque die in Deutschland aus seinem Roman erworbenen Gelder **ins Ausland untergebracht** hat.

Die **Überschwemmungen** in ganz **Rumänien** haben im Laufe der letzten Nacht ein katastrophales Ausmaß erreicht. In Klausenburg ist das ganze Industrieviertel überschwemmt. Mehrere Dörfer im Szamostal sind vollkommen zerstört. Auch Menschenleben sind zu beklagen. Fast sämtliche Brücken über die Marmaros sind zerstört. In Kischinew kampiert ein großer Teil der Einwohnerschaft auf den Dächern. Acht Eisenbahnstrecken sind außer Verkehr gesetzt.

In **Honolulu** ist vor einiger Zeit ein **Eingeborener** von Verwandten einer amerikanischen Staatsbürgerin namens **Massie** getötet worden, da er sich an Frau Massie vergangen hatte. Wegen dieser Bluttat haben sich nun Frau **Fortescue,** ihr Schwiegersohn, der amerikanische Marineleutnant **Massie,** und zwei andere Beteiligte vor Gericht zu verantworten. Die Angelegenheit hat seinerzeit speziell in der amerikanischen Öffentlichkeit, außerordentliches Aufsehen erregt.

Die Pariser Theater, Kinos, Tanz- und Nachtlokale treten heute abend in einen 24stündigen Protestreik gegen die Steuerbeschlüsse der Regierung.

Die Londoner Besprechungen

Über die Besprechungen zwischen **Macdonald** und **Tardieu,** der am Dienstagabend von London wieder abgereist ist, wurde ein englisches **Communiqué** veröffentlicht, in dem betont wird, daß es sich bei den Erörterungen in der Hauptsache um die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Donaustaaten gehandelt habe. Angesichts der bevorstehenden Viererkonferenz sei man aber noch zu keinen Schlußfolgerungen gekommen.

Zur Besprechung Tardieu-Macdonald sagte die **Agentur Havas,** nach Ansicht Englands und Frankreichs könne der Zusammenbruch der Donaustaaten nur durch eine gemeinsame Anstrengung der Donauländer, zusammen mit einer finanziellen Unterstützung der vier Großmächte, vermieden werden.

Das **Finanzkomitee des Völkerbundes,** das sich mit den österreichischen Verhältnissen beschäftigt hatte, betont in seinem Bericht, daß **rasche Hilfe** unbedingt Not tue.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in England. Am 31. März betrug die Zahl der Arbeitslosen in England 2 567 332, d. h. 133 841 weniger als im Februar 1932 und 12 786 weniger als vor einem Jahr.

Irlands Antwort an England wird heute nachmittag erfolgen.

Sparprogramm in Amerika. Präsident Hoover hat eine Sonderbotschaft an den amerikanischen Kongreß gerichtet, in dem er empfiehlt, daß dieser Vertreter der beiden Häuser bevollmächtige, mit ihm ein umfangreiches Sparprogramm auszuarbeiten.

Badischer Teil

Die Wahl des Reichspräsidenten

(Zweiter Wahlgang)

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Bei den Stimmberechtigten, und anscheinend auch bei einzelnen Gemeindebehörden, bestehen vielfach Zweifel über die Voraussetzungen, unter denen für die Reichspräsidentenwahl ein **Stimmschein** ausgestellt werden kann. Es wird deshalb erneut auf die Bestimmungen des § 9 der Reichsstimmordnung hingewiesen. Hiernach ist, mit Ausnahme bei den stimmberechtigten Staatsbeamten, Arbeitern in Staatsbetrieben, die ihren Wohnsitz im Ausland nahe der Reichsgrenze haben und den stimmberechtigten Angehörigen ihres Hausstandes, **grundsätzlich Voraussetzung, daß die Person, welche einen Stimmschein beantragt, im Inland ihren Wohnort hat.** Auslandsdeutsche, welche sich nur vorübergehend im Inlande aufhalten, können zur Abstimmung nicht zugelassen werden und daher auch keinen Stimmschein erhalten.

Bei den im Inland wohnenden Stimmberechtigten ist, mit den weiter unten angegebenen Ausnahmen, **für die Ausstellung eines Stimmscheins** unbedingte **Voraussetzung,** daß sie in die **Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen sind.**

Nicht in eine Stimmliste oder Stimmkartei eingetragene Stimmberechtigte können einen Stimmschein **nur** erhalten:

1. Wenn sie nachweisen, daß sie ohne Verschulden die Einspruchsfrist versäumt haben, ihre Aufnahme in die Stimmliste oder -kartei an sich aber berechtigt gewesen wäre.
2. Wenn sie wegen Ruhens des Stimmrechts in die Stimmliste oder -kartei nicht eingetragen oder dort gestrichen waren, der Grund aber nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist.
3. Wenn sie Auslandsdeutsche waren und ihren ständigen Wohnort nach Ablauf der Einspruchsfrist in das Inland verlegt haben.

Zuständig zur Ausstellung des Stimmscheins ist **nur die Gemeindebehörde des Wohnorts** des Stimmberechtigten. Eine Ausnahme besteht wieder bei den stimmberechtigten Staatsbeamten, Arbeitern in Staatsbetrieben und den stimmberechtigten Angehörigen ihres Hausstandes, die ihren Wohnsitz im Ausland nahe der Reichsgrenze haben. Für diese Personen ist die Gemeindebehörde, bei der sie in die Stimmliste oder -kartei eingetragen sind, zuständig. Hat jedoch ein Stimmberechtigter nach Ablauf der Einspruchsfrist seine Wohnung in eine andere Gemeinde verlegt, so stellt die Gemeindebehörde des bisherigen Wohnorts den Stimmschein aus.

Unzulässig ist es also auch z. B., durchreisenden Personen einen Stimmschein auszustellen, selbst wenn diese ihre Stimmberechtigung nachweisen.

Festsetzung der Bierpreise

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** In **Baden** war vor kurzem, da das Land vom Reichskommissar für Preisüberwachung als Notstandsgebiet erklärt worden war, eine Senkung der Bierpreise noch nicht vorgenommen worden. Da jetzt in allen übrigen Ländern neben der Ermäßigung der Reichs- und Gemeindebiersteuern eine weitere Herabsetzung der Bierpreise durchgeführt ist, hat der **badische Preiskommissar** nach eingehenden Verhandlungen mit den badischen Brauereiverbänden und dem badischen Gastwirteverband eine **Preissenkung vorgenommen** und **Ausschankpreise für Bier festgesetzt.**

Diese **neuen Bierpreise** betragen für Vollbier je nach der Höhe der Gemeindebiersteuer bei Lagerbier 18 bis 20 *Rpf*, bei Exportbier 20 bis 24 *Rpf* für das Dreizehntel-Literglas. In einzelnen **größeren Städten** hat sich der badische Preiskommissar eine Erhöhung von 1 *Rpf* vorbehalten. Er hat ferner angeordnet, daß in allen Gaststätten, in denen einheimisches Bier ausgeschenkt wird, neben dem neuen Preis für die einzelnen Bierfarben und der Maßeinheit die früheren, vor der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 gültigen Preise und die zum Ausschank gelangenden Bierfarben jeweils auf **Preistafeln** deutlich sichtbar anzubringen sind.

Der badische Preiskommissar hat die Bezirksämter ersucht, mit allem Nachdruck darüber zu wachen, daß beim Ausschank die Preise für Lagerbier und für Exportbier genau auseinandergehalten werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ministerialdirektor Dr. Huber in den Ruhestand getreten

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Am 1. April d. J. ist der Ministerialdirektor im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Dr. **Franz Huber**, nach Erreichung der Altersgrenze in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Damit ist eine Beamtenlaufbahn beendet, die reich war an Arbeit und Hingabe für den Staat und seine Aufgaben auf dem juristischen und kulturellen Gebiete. Der ausgeschiedene Ministerialdirektor war eine große Arbeitskraft, die unermüdlich die ihm obliegenden Pflichten erfüllte. Sein Lebensgang ist der folgende:

Ministerialdirektor Dr. Franz Huber ist geboren am 2. Juni 1866 in Altschweier bei Bühl. Er besuchte zunächst die erweiterte Volksschule in Bühl und sodann das Bertholdsgymnasium in Freiburg, wo er 1886 das Reifezeugnis erhielt. Sodann studierte er in Würzburg, Innsbruck, München, Berlin und Heidelberg. Im Spätjahr 1893 bestand er die erste, im Frühjahr 1897 die zweite juristische Staatsprüfung, wurde 1900 Amtsrichter in Adelsheim, 1902 Amtsgerichtsvorstand in Rastatt, 1904 Staatsanwalt in Mosbach, 1908 Staatsanwalt in Karlsruhe.

Im Jahre 1914 meldete er sich zur freiwilligen Teilnahme am Krieg, wurde zunächst Adjutant der stellv. 6. Bayr. Inf.-Brigade in Landau und sodann 1915 beim Gouvernement Brüssel mit der Leitung der Brüsseler Polizei betraut, 1916 Feldpolizeidirektor beim Armeeoberkommando der Küstenverteidigung und Leiter der Zentralpolizeistelle „Küste" in Hamburg.

Nach Rückkehr in die Heimat im Jahre 1919 erfolgte die Ernennung Hubers zum Ministerialrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts, 1927 die Ernennung zum Ministerialdirektor im gleichen Ministerium.

Möge dem jetzt Ausgeschiedenen, der körperlich und geistig noch sehr rüstig ist, ein langer, ruhiger Lebensabend beschieden sein.

Die „Arbeiterzeitung" verwarnt

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Die in Mannheim erscheinende kommunistische **„Arbeiterzeitung"** brachte in Nr. 77 vom 2. April d. J. unter den Überschriften „Zollbehörde verbrennt Konserven; Zentnerweise Lebensmittel vernichtet, während Millionen hungern", folgende Ausführungen:

„Die Firma Gräbener-Karlsruhe hatte von einer italienischen Firma eine Sendung Konserven, Inhalt Tomatenpuré, erhalten. Die Firma wies, weil auf dem Transport mit der Eisenbahn in dem Waggon ein Brand ausgebrochen war, und ein Teil der Sendung durch den Brand beschädigt wurde, die ganze Sendung zurück. Es wurde ein Prozeß geführt, den die italienische Firma verlor.

In der Zwischenzeit lagerte die Sendung bei der Zollbehörde in Karlsruhe. Am 31. März, abends zwischen 17 und 18 Uhr, fuhr ein Lastwagen mit Anhänger, jedenfalls im Auftrage des Zollamts, schwer geladen mit Konserven nach Daxlanden zur Schuttabladestelle. Dort wurden die Konserven, die in Kisten verpackt waren, mit Benzin übergossen und verbrannt. Zwei Zollbeamte hielten dabei die Wache, das Auto nahm vier Kisten der Ladung wieder mit retour; es scheint also, daß die Konserven noch gut erhalten waren, was auch von Augenzeugen, erwerbslosen Arbeitern, bestätigt wurde, die verschiedene Büchsen aufmachten und feststellten, daß der Inhalt in genießbarem Zustand war."

Hierzu ist zu bemerken: Diese Ausführungen widersprechen dem wahren Sachverhalt. Nach einer Mitteilung des Landesfinanzamts wurde vor der Vernichtung der Konserven in Erwägung gezogen, ob diese Lebensmittel den Einrichtungen der Wohlfahrtspflege zur Verfügung gestellt werden könnten; eine Untersuchung der Konserven auf ihre Brauchbarkeit habe jedoch ergeben, daß sie großenteils **unbrauchbar und für den menschlichen Genuß ungeeignet gewesen seien.** Mit Rücksicht auf die damit verbundene Möglichkeit einer gesundheitlichen Gefährdung glaubte das Landesfinanzamt, sich nicht der Gefahr aussetzen zu dürfen, verdorbene Waren dem menschlichen Genuß zugänglich zu machen. Diese Sachlage rechtfertigte die Vernichtung der Konserven.

Da der erwähnte Zeitungsartikel, besonders im Hinblick auf die derzeitigen gespannten wirtschaftlichen Verhältnisse, geeignet ist, auf weite Kreise beunruhigend einzuwirken, wurde der Verleger der „Arbeiterzeitung" gemäß der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 18. März 1931 und vom 10. August 1931 **verwarnt.** Er wurde ferner darauf hingewiesen, daß im Wiederholungsfall ein Verbot der „Arbeiterzeitung" ausgesprochen wird.

Ständige Kunstausstellung Baden-Baden

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Auf der diesjährigen Schau der Ständigen Kunstausstellung Baden-Baden wurden je ein Werk des Professors August **Babberger** in Karlsruhe, des Kunstmalers Arthur **Grimm** in Mudau und des Bildhauers Erwin **Better** in Pforzheim mit dem Staatspreis des badischen Unterrichtsministeriums ausgezeichnet.

Vom Neckarkanal

Die Arbeiten am Neckarkanal dehnen sich jetzt auch auf die Kanalstrecke im Stadtgebiet von **Eberbach** aus. Bei der Neckarbrücke ist bereits eine Baggermaschine angefahren zum Ausbaggern des Kanalbettes. Das ausgebaggerte Material wird zum Auffüllen der Ufer verwendet, da nach Stauung der Hirschhorner Stufe sich auch am Eberbacher Teil der Wasserspiegel nicht unerheblich heben wird.

Nach einvierteljähriger Einstellung werden in **Heilbronn** die Arbeiten am Kanaldurchstich am Dienstag wieder in vollem Umfange aufgenommen. In letzter Zeit wurde die Wasserleitung für die Kali-Chemiewerke unter dem Kanalgrund verlegt. Damit liegt einer Durchbrechung der seitherigen Staatsstraße nichts mehr im Wege.

Rundfunkübertragung der Königsberger Kanzlerrede

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Am kommenden Samstag, den 9. April, abends 7.30 Uhr wird Reichskanzler Dr. **Brüning** in einer **Hindenburg-Kundgebung in Königsberg** sprechen.

Diese Rede wird auf **alle deutschen Sender** übertragen. Damit ist allen Anhängern der Kandidatur des Feldmarschalls Hindenburg Gelegenheit gegeben, die Kanzlerrede zu hören.

Kurzarbeit im Kalibergbau Buggingen. Das Kalibergwerk Buggingen ist zur Kurzarbeit übergegangen. Es ist vorgesehen, daß jeweils ein Drittel der Belegschaft für die Dauer eines Monats feiert und in dieser Zeit Erwerbslosenunterstützung bezieht. Man hofft, auf diese Weise ohne Entlassungen auskommen zu können.

Aus der Landeshauptstadt

Ausstellung: „Das deutsche Holz". Das Badische Landesgewerbeamt veranstaltet im Herbst in der Landesgewerbehalle eine Sonderausstellung „Das deutsche Holz, seine Eigenschaften, Verarbeitung und Verwendung". Der genauere Termin wird noch bestimmt werden.

Dresdner Bank, Filiale Karlsruhe. Die seitherige Karlsruher Filiale der Darmstädter u. Nationalbank wird nach der nunmehr vollzogenen Vereinigung dieses Instituts mit der Dresdner Bank jetzt als Filiale der Dresdner Bank in den seitherigen Geschäftsräumen am Marktplatz weitergeführt. Die Leitung der Filiale verbleibt, wie seit 10 Jahren, auch weiterhin in den Händen des Herrn Direktor Putzel.

Verkehrskontrolle. Bei einer neuerlich vorgenommenen Verkehrskontrolle wurden 156 Fahrzeuge aller Art kontrolliert. In 22 Fällen mußte die Polizei einschreiten; u. a. gelangten mehrere Unternehmer wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen der Notverordnung über den Güterfernverkehr zur Anzeige.

Verkehrsunfälle. Im Laufe des gestrigen Tages ereigneten sich mehrere Verkehrsunfälle. Es ging glücklicherweise in allen Fällen mit geringem Schaden ab.

Selbstmörder erkannt. Seit sieben Wochen wurde in Karlsruhe-Grünwinkel der Obermaschinenmeister Karl Breddin vermißt. Es hat sich herausgestellt, daß er sich in einer Scheune in **Bermersbach** (Murgtal) erhängt hat. Wir haben über diesen Selbstmord bereits berichtet.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Dienstagmorgen: Von Westen nähert sich ein flaches Zwischenhoch, unter dessen Einfluß das Wetter vorübergehend trocken bleiben wird. — **Voraussage:** Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Wasserstände: Waldshut 199 minus 1, Basel 6 plus 5, Schusterinsel 62 minus 4, Rheinweiler 180 plus 4, Kehl 196 minus 2, Maxau 380 minus 10, Mannheim 266 minus 8, Caub 190 —4.

Kurze Nachrichten aus Baden

bld. **Mannheim,** 4. April. Ein **Repräsentant** des **Mannheimer Getreidehandels** aus der Zeit, als dieser noch in höchster Blüte stand und Weltgeltung besaß, Moritz **Steiner** von der Firma N. Steiner & Co., konnte am Montag seinen **90. Geburtstag** begehen.

* **Heidelberg,** 4. April. Ein hochverdienter Schulmann, Studienrat a. D. Adolf **Mang** von der Oberrealschule Heidelberg, feiert am 7. April seinen 83. Geburtstag. Mang ist der Hauptverfasser des bekannten Rechenbuches von Herrigel und Mang. Er ist auch der Erfinder weitbekannter astronomischer Lehrmittel. Diese machen durch ihre Zerlegbarkeit den Unterricht in der Himmelskunde leichtfaßlich. Dadurch wurde Mang der Hauptbegründer des Unterrichts in der Himmelskunde. Unterstützt von den Volkshochschulkursen der Universität Heidelberg führte Mang auch in seiner **Volkssternwarte** in Heidelberg und Mannheim die Schönheiten des gestirnten Himmels mit Zeiß-Fernrohr, eigener Sternkarte und Stereoskop im Freien unentgeltlich vor. Während des Weltkriegs pflegte Mang auch die Verwundeten in allen Lazaretten Heidelbergs so treu, daß sie ihn nur ihren **„Vater Mang"** hießen. Auch im Feuerschutzwesen hat Mang wichtige Erfindungen gemacht, und für seine unentgeltlichen Feuerschutzschriften erhielt Mang vom deutschen, badischen und württembergischen Feuerwehrverband das Ehrenkreuz, ihre höchste Auszeichnung. Reichspräsident **von Hindenburg** empfahl die Mangschen kostenlosen Aufsätze für den so wichtigen Feuerschutzunterricht seinem Staatsminister Dr. **Meißner,** und dieser dem Reichsinnenminister zur weiteren Behandlung, unter Anerkennung ihrer zeitgemäßen Gemeinnützigkeit und Zweckmäßigkeit.

bld. **Wertheim,** 4. April. Im Alter von 73 Jahren **starb** in Milwaukee William J. **Uihlein,** der **Ehrenbürger und große Wohltäter unserer Stadt.** Der Heimgegangene war das neunte Kind des Kronenwirts Benedikt Josef Uihlein von hier. Er hatte Chemie studiert, wanderte in jungen Jahren nach Amerika aus und wurde Mitinhaber der großen Brauereien seiner Brüder in Milwaukee. Das große Vermögen, das er sich erworben hatte, verwandte er zum großen Teil zu wohltätigen Zwecken, vor allem auch zugunsten seiner Vaterstadt. Uihlein war ein besonderer Förderer des Frauenvereins und des Historischen Vereins Alt-Wertheim.

DZ. **Baden-Baden,** 4. April. Sich selbst gestellt hat sich in der Nacht zum 29. März ein **Hausdiener** unter dem Vorgeben, im Jahre **1919 in Stettin** einen **Mord begangen** zu haben. Das Gewissen lasse ihm keine Ruhe mehr. Der Hausdiener wurde zur Aufklärung des Sachverhalts in Haft genommen.

DZ. **Bühl,** 5. April. Die behördlichen Nachforschungen haben zur Aufdeckung von **drei Geheimbrennereien** im Bezirk Bühl geführt. Es steht fest, daß ein großer Teil des unter Umgehung des Monopolgesetzes hergestellten Branntweins nach Norddeutschland, besonders ins Rheinland, verschoben worden ist. Bis jetzt sind in der Angelegenheit 11 Personen festgenommen worden. Die Untersuchung ist noch im Gange.

* **Freiburg,** 4. April. (Tel.) Heute vormittag 10 Uhr **entgleiste** zwischen **Bärental** und **Titisee** die **Lokomotive** des Personenzuges 1934. Passagiere wurden nicht verletzt. Der Sachschaden ist unerheblich. Die Reisenden wurden mit einem Ersatzzug nach Titisee weiterbefördert. Man rechnet mit einer Verkehrsstörung von etwa drei Stunden.

DZ. **Lörrach,** 4. April. Im Alter von 78 Jahren **starb** hier Bankdirektor F. W. **Trautwein.** Bis zum Jahre 1931 Direktor der Kreishypothekenbank Lörrach, einem Posten, den er über 40 Jhre lang innehatte.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank
(Amtlich)

	5. April Geld	5. April Brief	4. April Geld	4. April Brief
Amsterdam 100 G.	170.28	170.62	170.28	170.62
Kopenhagen 100 Kr.	87.21	87.29	87.01	87.19
Italien . . 100 L.	21.72	21.76	21.76	21.80
London . 1 Pfd.	15.85	15.89	15.83	15.87
New York . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.57	16.61	16.57	16.61
Schweiz . . 100 Fr.	81.67	81.83	81.82	81.98
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Prag . . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Zum Zusammenbruch des Bankgeschäfts Vogt in Bonndorf. Die am Montag in Bonndorf abgehaltene Altgläubigerversammlung des Bankgeschäfts A. **Vogt** Nachf., Inh. P. Bartz, stimmte einmütig einem Abkommen mit dem früheren Inhaber des Bankhauses, Bürgermeister **Vogt,** Bonndorf, zu, wonach letzterer den Alteinlegern, welche an Zahl etwa die Hälfte sämtlicher Gläubiger des Bankhauses ausmachen, 60 Proz. ihres Guthabens vergüten wird. Dadurch ist eine wesentliche Beruhigung in den Gläubigerkreisen des Bankgeschäfts Vogt Nachf. eingetreten.

Zahlungseinstellung der Badischen Uhrenfabrik Furtwangen. Wie schon berichtet, hat die Badische Uhrenfabrik AG. in Furtwangen (Baduf), ihren sämtlichen Angestellten zum 30. Juni 1932 gekündigt. Wie jetzt bekannt wird, ist diese Kündigung die Folge der am 29. März erklärten **Zahlungseinstellung** des Unternehmens, das außerdem **Stillegungsantrag** gestellt hat. Eine Gläubigerversammlung ist auf den 15. April nach Offenburg einberufen worden. Das Unternehmen ist bekanntlich erst vor zwei Jahren saniert worden und konnte bis zur englischen Pfundkrise von befriedigenden Beschäftigungsverhältnissen berichten. Insbesondere hat sich ein neuer Exportartikel, die „Baduf-Electric-Uhr", gut eingeführt und berechtigte zu den besten Hoffnungen. Die **englische Exportsperre** hat dann zu den nunmehrigen Schwierigkeiten geführt, über die es in einem Schreiben an die Gläubiger heißt: „Die Zahlungseinstellung ist notwendig geworden durch die katastrophale Schrumpfung des deutschen Geschäfts und durch den Ausfall des englischen Geschäfts. Die Umsätze sind in den letzten Monaten in einer Weise zurückgegangen, die einen monatlich sehr erheblichen Betriebsverlust bedingten."

Staatsanzeiger

Wahl des Reichspräsidenten, Zweiter Wahlgang.

An die Gemeindebehörden!

Bei den Stimmberechtigten, und anscheinend auch bei einzelnen Gemeindebehörden, bestehen vielfach Zweifel über die Voraussetzungen, unter denen für die Reichspräsidentenwahl ein Stimmschein ausgestellt werden kann. Es wird deshalb erneut auf die Bestimmungen des § 9 der Reichsstimmordnung hingewiesen. Hiernach ist, mit Ausnahme bei den stimmberechtigten Staatsbeamten, Arbeitern in Staatsbetrieben, die ihren Wohnsitz im Ausland nahe der Reichsgrenze haben und den stimmberechtigten Angehörigen ihres Hausstandes, **grundsätzlich Voraussetzung, daß die Person, welche einen Stimmschein beantragt, im Inland ihren Wohnort hat.** Auslandsdeutsche, welche sich nur vorübergehend im Inlande aufhalten, können zur Abstimmung nicht zugelassen werden und daher auch keinen Stimmschein erhalten.

Bei den im Inland wohnenden Stimmberechtigten ist, mit den weiter unten angegebenen Ausnahmen, **für die Ausstellung eines Stimmscheins** unbedingte **Voraussetzung, daß sie in die Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen sind.**

Nicht in eine Stimmliste oder Stimmkartei eingetragene Stimmberechtigte können einen Stimmschein **nur** erhalten:

1. Wenn sie nachweisen, daß sie ohne Verschulden die Einspruchsfrist versäumt haben, ihre Aufnahme in die Stimmliste oder Kartei an sich aber berechtigt gewesen wäre.
2. Wenn sie wegen Ruhens des Stimmrechts in die Stimmliste oder Kartei nicht eingetragen oder dort gestrichen waren, der Grund aber nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist.
3. Wenn sie Auslandsdeutsche waren und ihren ständigen Wohnort nach Ablauf der Einspruchsfrist in das Inland verlegt haben.

Zuständig zur Ausstellung des Stimmscheins ist **nur** die **Gemeindebehörde des Wohnorts** des Stimmberechtigten. Eine Ausnahme besteht wieder bei den stimmberechtigten Staatsbeamten, Arbeitern in Staatsbetrieben und den stimmberechtigten Angehörigen ihres Hausstandes, die ihren Wohnsitz im Ausland nahe der Reichsgrenze haben. Für diese Personen ist die Gemeindebehörde, bei der sie in die Stimmliste oder Kartei eingetragen sind, zuständig. Hat jedoch ein Stimmberechtigter nach Ablauf der Einspruchsfrist seine Wohnung in eine andere Gemeinde verlegt, so stellt die Gemeindebehörde des bisherigen Wohnorts den Stimmschein aus.

Unzulässig ist es also auch z. B., durchreisenden Personen einen Stimmschein auszustellen, selbst wenn diese ihre Stimmberechtigung nachweisen.

Karlsruhe, den 5. April 1932.

Der Minister des Innern
J. V.: Weitzel

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Ernannt:

Landrat Gustav **Wöhrle** in Freiburg zum Landeskommissär in Konstanz.

In den Ruhestand versetzt:

Kriminalkommissär Anton **Vollmer** in Mannheim beim Polizeipräsidium Mannheim.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Kraft Gesetzes tritt in den endgültigen Ruhestand:

Ministerialdirektor Dr. Franz **Huber** im Ministerium des Kultus und Unterrichts, auf 1. Juli 1932.

Ernannt:

Ministerialrat Dr. h. c. Karl **Steiner** zum Ministerialdirektor, die Oberregierungsräte Heinrich **Füß,** Paul **Huber** und Otto **Zimmermann** zu Ministerialräten, die Regierungsräte Dr. Josef **Denz** und Dipl.-Ing. Karl **Eberle** zu Oberregierungsräten sowie der Regierungsassessor Dr. Theodor **Gartner** aus Karlsruhe zum Regierungsrat, alle im Ministerium des Kultus und Unterrichts.

2.729
E. Büchle Spezialhaus für **Bilder u. Einrahmungen** Gute Ausführung bei billigst. Berechnung
Inh. W. Bertsch. Ludwigsplatz Ecke Erbprinzenstr. Bitte besichtigen Sie meine 5 Schaufenster. Große Auswahl

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigeblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 13 — Bezug: Erscheint wöchentlich einmal und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 40 Reichspfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14, bezogen werden — 5. April 1932

Tagung des Gesamtvorstandes des Deutschen Beamtenbundes

Die letzte Sitzung des Gesamtvorstandes des DBB. war zunächst der Entgegennahme des Berichts über den **Jahresabschluß 1931** gewidmet, den Kollege **Lenz** erstattete, und der ein durchaus erfreuliches Gesamtbild über die Finanzlage des Deutschen Beamtenbundes ergab. Gleichzeitig wurde für die Abhaltung des **8. Bundestags** der 27. und 28. Oktober 1932 in Berlin bestimmt.

Anschließend sprach der Bundesvorsitzende **Flügel** über

die beamtenpolitische Lage

Als mit der Volksgesamtheit schicksalsverbunden ist es für die Beamtenschaft eine müßige Frage, ob sie von der allgemeinen Not verschont bleiben konnte. Da sie ihr Gehalt aus den öffentlichen Kassen des Reichs, der Länder und Gemeinden, der Post und Eisenbahn bezieht und deren Einnahmen abhängig sind von der Prosperität der Volkswirtschaft, bedeutet Schrumpfung der Wirtschaft auch Schrumpfung der Mittel, die in den öffentlichen Haushalten für sachliche und persönliche Ausgaben zur Verfügung stehen. Wie eine Art Naturgewalt, gegen die Menschenkraft nichts ausrichten kann, wirkt die allgemeine Wirtschaftskrise. Keiner Beamtenorganisation war es möglich, die Gehaltskürzungen der Beamten zu verhindern. Doch gelang es, Kürzungen über die durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bestimmten Grenzen hinaus zu vermeiden. Gestört wurden die Bemühungen der Organisation manchmal durch die Gerüchte über weitere Gehaltskürzungen. Man hat ihnen von seiten der Bundesleitung keinen Raum gegeben, ist ihnen aber, wo sie mit Namen gedeckt wurden, nachgegangen, um festzustellen, daß sie haltlos waren. **Diese Gerüchtemacher sind aber eine Gefahr,** weil sie die Mißstimmung vertiefen und das Vertrauen zur Berufsorganisation untergraben; außerdem werden durch sie andere Bevölkerungskreise darauf aufmerksam gemacht, es bestünde noch eine Quelle, aus der weiter geschöpft werden könne.

An eine Erhöhung der Gehälter ist in absehbarer Zeit nicht zu denken; also muß der andere Weg gegangen werden: die **Erhöhung der Kaufkraft durch Preissenkung.** In der amtlichen Begründung der letzten Notverordnung ist ausgesprochen, daß eine Senkung von Löhnen und Gehältern ohne Sicherstellung gleichzeitiger und entsprechender Senkung der Preise untragbar ist, da sonst eine verhängnisvolle Schrumpfung der Kaufkraft die Folge wäre. Mit anderen Gewerkschaften hat der DBB. energisch darauf hingewirkt, daß die Tätigkeit des seinerzeit eingesetzten **Preiskommissars** zu wünschenswerten **Erfolgen** führte. Allerdings ist die 10prozentige Gehaltskürzung vom 8. Dezember 1931 nur zu 6,3 Proz. von der Preissenkung aufgeholt worden. Von Beamtenbundseite hat man die Einstellung der Tätigkeit des Preiskommissars bedauert und gefordert, es möchte eine zentrale Überwachungsstelle der Preissenkung bestehen bleiben, bis der Preisrückgang größer ist als die Kürzung der Gehälter und Löhne. Die Steigerung der realen Kaufkraft der Beamtengehälter muß wichtigstes Ziel unserer Wirtschaftspolitik sein.

In maßgebenden Kreisen besteht trotz des Rückgangs der öffentlichen Einnahmen der **bestimmte Wille, weitere Gehaltskürzungen zu vermeiden.** Der Zwang, nachdem die Einnahmen sich nicht mehr erhöhen lassen, vielmehr sinken, die öffentlichen Ausgaben einzuschränken, weist u. a. auf den Weg, die Haushalte **durch Verminderung der Beamtenzahl** zu entlasten. Die Formel hierfür heißt: **Verwaltungsreform.** Zwar ist bis jetzt auf diesem Gebiet noch nicht viel Durchgreifendes erfolgt, allein in näherer Zukunft werden auch diese Probleme ernsthafter angepackt und der Verwirklichung in der einen oder anderen Form zugeführt werden. Bei diesem Werk muß die Beamtenorganisation darauf sehen, daß — was nicht verhindert werden kann — in Formen sich vollzieht, die die Rechtsgrundlage des Beamtentums unangetastet lassen und die die jetzt im Amt befindlichen Beamten schonen.

Durch die Wirtschafts- und Staatsfinanzkrise ist die **Fortentwicklung des Beamtenrechts** gehemmt worden. Die Kraft der Regierung wird von den Anstrengungen zur Überwindung dieser Krise völlig beansprucht. Eine Vorstellung des DBB. **beim Reichsinnenminister** wegen **Ankurbelung der völlig steckengebliebenen Beamtengesetzgebung** hat ergeben, daß nichts gemacht werden wird, was Geld kostet. Die Weiterberatung des in Angriff genommenen Beamtenvertretunggesetzes und die Vorarbeiten zum allgemeinen Teil des Beamtenrechts werden ihren Fortgang erst nehmen können, wenn günstigere politisch-parlamentarische und wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen. Die Unsicherheit im Beamtenrecht hat sich weiter entwickelt, eine große Zahl von Prozessen ist im Lauf und immer heftiger werden die **Erörterungen über Grundfragen des Beamtenrechts** und der **Beamtenstellung.**

Zu gewissen Vorgängen der neuesten Zeit, die auf eine Verletzung eines wichtigen Staatsbürgerrechts hinausliefen (Verbot des braunschweigischen Innenministers) bemerkte der Bundesvorsitzende:

> Wir wünschen keine staatsbürgerliche Ausnahmebehandlung der Beamtenschaft, auch keine Beschränkung des Wahlrechts. Dem Parlament würden wertvolle Kräfte entzogen werden, wenn man der Beamtenschaft auch nur das passive Wahlrecht entzieht, aber es ist der Beamtenschaft zu raten, bei der Ausübung dieses Rechts zurückhaltend und taktvoll zu sein. **Lärmendes, stark parteipolitisch betontes Auftreten in Parlament und Öffentlichkeit vergrößert die Gefahr,** und ich verkenne nicht, daß diese Gefahr im besonderen vermehrt wird durch **Betätigung in ausgesprochen staatsfeindlichen Parteien. Wenn sich ein Staat auf seine Beamtenschaft nicht verlassen kann, wird er geringeres Interesse bezeigen, ihre besonderen Rechte zu schützen.**

Zu **Organisationsfragen** übergehend, kam Redner auf die Gründung des Reichsbundes der oberen Beamten zu sprechen, die eine teilweise Absplitterung vom DBB. in sich schließt. Dieser Bund habe allerdings beim Reichsministerium des Innern eine deutliche Abfuhr erfahren, als er sich um die Anerkennung als Spitzenorganisation bemühte. Da im Reichsbund höchstens 30 000 Mitglieder organisiert seien, im DBB. aber immer noch 200 000 Beamte dieser Gruppen festhielten, habe das Reichsinnenministerium **gegen** die Bezeichnung „Reichsbund der oberen Beamten" Stellung genommen, weil die Reichsverwaltungen diese Bezeichnung nicht kennen.

Je mehr sich im übrigen das deutsche Volk parteipolitisch zersplittere, desto mehr verstärke sich die Diskussion über **die parteipolitische Neutralität des DBB.** Wenn bei der Interessenvertretung der DBB. manchmal fordere, was auch politische Parteien verlangen, so segle der DBB. deshalb noch lange nicht im Schlepptau dieser Parteien. Nicht das Handeln des DBB. sei parteipolitisch, parteipolitisch sei allein die Betrachtungsweise manches Parteifanatikers. In Sachen der **Reichspräsidentenwahl** hat sich der Geschäftsführende Vorstand lange und eingehend mit der Frage befaßt, ob der DBB. als überparteiliche Organisation zur Wahl Stellung nehmen soll, er konnte sich aber nicht dazu entschließen und hielt sich deshalb auch fern, in das Eigenleben der ihm angeschlossenen Organisationen in dieser Sache einzugreifen. **Der Deutsche Beamtenbund ist politisch neutral, aber er ist politisch nicht grundsatzlos.** Es ist nicht leicht, diese beiden Dinge zu vereinigen. Der DBB. steht auf dem Boden der deutschen Verfassung **und er dient dem wohlverstandenen Interesse der Beamtenschaft, wenn er bemüht ist, diese Verfassung** zu erhalten. Er hat sich daher gegen jede gewaltsame Änderung der Verfassung mit aller Entschiedenheit gewendet. Dabei ist er sich darüber klar, daß es dem **Wesen des Beamtentums** widerspricht, **Diener** des Staates und zugleich sein **Feind** zu sein. Daraus folgt neben anderem auch die Pflicht, sorgsam darauf zu achten, daß es niemand gelingt, den **DBB. und seine Verbände mit Parteigeist zu infizieren.** Solche Versuche — die gemacht wurden — müssen sehr entschieden abgelehnt werden.

Flügel schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, wir dienen der Beamtenschaft und unserem Volke nicht, wenn wir ihre tiefgehende Mißstimmung dazu benutzen, um Haß zu säen, denn der Haß war noch nie ein Nährboden für gesunde Frucht. „Wir dienen der Beamtenschaft und dem Volk, wenn wir im Bewußtsein unserer Verantwortung ihr in rücksichtsloser Offenheit und Klarheit den Ernst der Lage unserer Wirtschaft und unseres Staates zum Bewußtsein bringen, wenn wir den Mut haben, ihr nicht vorzuenthalten, daß der Prozeß der Heilung des krankhaften Zustandes lang und schmerzhaft sein wird, und daß **nur verantwortungsbewußte, erfahrene und sachverständige Menschen** die Heilung fördern können. An diesem Heilungsprozeß durch sachverständige und ehrliche Arbeit mitzuwirken, ist unser Wille und die Rettung unseres deutschen Vaterlandes unser höchstes Ziel."

Im Anschluß an das Referat sprach **Staatssekretär a. D. Univ.-Professor Dr. A. Müller** noch über **wirtschaftspolitische Fragen der Gegenwart.**

Keine Kürzung des Beamtenurlaubs

Das Reichsinnenministerium hat den Antrag der württembergischen Staatsregierung auf **Kürzung der Urlaubszeit** für die Beamten abgelehnt. In den meisten Fällen würde durch eine solche **Urlaubskürzung** nicht einmal eine materielle Ersparnis eintreten, weil die Kollegen des beurlaubten Beamten dessen Funktionen mit zu erfüllen haben. Materielles Interesse an einer Verkürzung der Urlaubszeit für Beamte würde höchstens bei den Betriebsverwaltungen bestehen, die eventuell Hilfskräfte einstellen müssen. Die preußische Staatsregierung hat für ihren Bereich grundsätzlich bekanntgegeben, daß auch die von der Gehaltskürzung betroffenen Beamten oder diejenigen, die infolge der Sparmaßnahmen in ein anderes Amt versetzt wurden, in ihrem Urlaubsanspruch nicht zu verkürzen seien.

Pflicht des Beamten, sich untersuchen zu lassen

Der Kanzleisekretär G. bei dem Standesamt in D., der früher als Polizeiwachtmeister tätig gewesen war, hatte sich wiederholt wegen eines Ohrenleidens krank gemeldet. Durch Untersuchung war festgestellt worden, daß im Ohr eine nässende Flechte vorhanden sei, doch war ärztlicherseits betont worden, daß G. seine Beschwerden erheblich übertreibe. Schließlich stellte G. den Antrag auf Pensionierung. Dieser Antrag wurde aber abgewiesen, nachdem ärztlich festgestellt worden war, daß nur der äußere Gehörgang geringfügig erkrankt war. Einige Monate später meldete sich G. wiederum krank. Bei der erneuten Untersuchung wurde ärztlich festgestellt, daß G. Watte in das Ohr gesteckt hatte. Daraufhin wurde ärztlicherseits der Verdacht geäußert, daß G. absichtlich dafür sorge, daß sein Ohr entzündet bliebe. Als G. darauf vom Oberbürgermeister die Aufforderung erhielt, sich an einem bestimmten Termin in einer Ohrenklinik einzufinden, um beobachtet und untersucht zu werden, erwiderte G., er könne die Klinik nicht besuchen, da er sich zum Gericht begeben müsse; eine Vorladung konnte er aber nicht vorlegen. Alsdann wurde vom Oberbürgermeister gegen G. eine Ordnungsstrafe von 3 *RM* verhängt, weil er den Gehorsam verweigert habe. Nach fruchtloser Beschwerde rief G. das Preußische Oberverwaltungsgericht an, das in einer Entscheidung vom 28. Januar 1932 — IX O 38. 31 — auf Abweisung der Klage erkannte, indem es geltend machte, G sei der Aufforderung des Oberbürgermeisters, sich in der Klinik untersuchen und beobachten zu lassen, nicht nachgekommen; unerheblich sei es, wenn ihm der Oberbürgermeister nur eine Frist von einer Stunde gesetzt habe, um der Aufforderung nachzukommen. Der Oberbürgermeister habe die Frist zweifellos so kurz bemessen, um zu verhüten, daß G. sein Ohrenleiden verschlimmere.

Vergütung an Landzusteller für Fahrradbenutzung

Die Berechnung der **Vergütungen für die Benutzung eigener Fahrräder** der **Landzusteller im Landzustell-** und **Botenpostdienst** wird von der Reichspost dadurch vereinfacht werden, daß **für das ganze Reichsgebiet ein Einheitssatz für jedes** gefahrene Kilometer festgesetzt wird. Da die Anschaffungskosten für gleichwertige Fahrräder und die Kosten für die Bereifung in den einzelnen Gebieten des Reiches kaum voneinander abweichen, erscheint diese Maßnahme gerechtfertigt. Nach den vorgenommenen Feststellungen betragen die Kosten für ein dauerhaftes Fahrrad (Tourenrad) zur Zeit höchstens 130 *RM*, für eine Laufdecke und einen Luftschlauch zusammen höchstens 8 *RM*. Bei einer werktätigen Wegeleistung mit dem Fahrrad von 40 Kilometer ergibt sich bei 308 Werktagen eine jährliche Leistung von 12 320 Kilometer. Vom 1. Januar 1931 an soll für die wirklich gefahrenen **Kilometer** eine **Vergütung** von **je 0,065 *RM*** gezahlt werden, wobei auch die an Sonn- und Feiertagen gefahrenen Kilometer zu berücksichtigen sind. Wenn infolge schlechter Beschaffenheit der Wege die Fahrräder über das gewöhnliche Maß hinaus abgenutzt werden oder wenn erhebliche Aufwendungen für Beleuchtung der Räder entstehen, kann der Vergütungssatz für ein gefahrenes Kilometer mit Genehmigung der Oberpostdirektion auf **0,7 *Rpf* erhöht** werden.

Dresdner Bank

Kapital und Reserven 250 Millionen Reichsmark

Filiale Karlsruhe

In Durchführung des Fusionsbeschlusses wird die Karlsruher Filiale der Darmstädter und Nationalbank mit dem heutigen Tage als

Dresdner Bank Filiale Karlsruhe

in den seitherigen Geschäftsräumen

Kaiserstraße 76 (am Marktplatz)

weitergeführt.

Dresdner Bank
Filiale Karlsruhe.

796

Badisches Landestheater
Mittwoch, den 6. April 1932
*A 24 (Mittwochmiete) Th.-Gem. III. S.-Gr., 2. Hälfte

Der Zigeunerbaron
Komische Oper
von Joh. Strauß
Dirigent: Krips
Spielleitung: Pruscha
Mitwirkende:
Fischbach, Haberkorn, Reich-Dörich, Burk, J. Grötzinger, Hospach, Kiefer, Löser, Rentwig, Schoepflin, G. Grötzinger, Kilian, Lindemann, Schäfer.
Anfang 19 Ende 22
Preise D (0,90—5,70 *RM*)

Do. 7. 4. Sommer von einst. Fr. 8. 4. Neu einstudiert: Hoffmanns Erzählungen. Sa. 9. 4. Wallensteins Tod. So. 10. 4. Nachmittags: Neu einstudiert: Der fliegende Holländer. Abends: Tosca. Im Konzerthaus: Zur goldenen Liebe.

B.894. **Karlsruhe.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **C. Büchle** (Inhaber Georg Kohlmann) in Karlsruhe, Erbprinzenstr. 28, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben. Karlsruhe, den 1. April 1932. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1.**

Gemeinde-Voranschlag 1932

Der nach den neuesten, soeben erst bekannt gewordenen Vorschriften bearbeitete Gemeindevoranschlag für 1932 erscheint in den nächsten Tagen. B.797

Bad. Kommunalverlag
Vordrucklager Bruchsal
Wörthstr. 8, Fernspr. 2142

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der Badischen Regierung der

KARLSRUHER ZEITUNG
BADISCHER STAATSANZEIGER

Druck G. Braun, Karlsruhe